

Von der schnellen Truppe

Nach Hitlers Weltkrieg scheint die Aufstellung einer neuen Streitmacht in dem frisch geteilten Land fast undenkbar. Doch Kanzler Adenauer betreibt die Wiederbewaffnung mit großer Eile.

Auf dem sandigen Antreterplatz ist ein Panzer aufgefahren, daneben steht ein Geschütz. Der Bundeskanzler kommt. Die Truppe trägt eine graue zweireihige Uniform, die aussieht wie eine Portierslivree. Wie soll der Regierungschef diese Männer bloß anreden?

„Soldaten der neuen Streitkräfte“, ruft Konrad Adenauer, „es ist mir eine Freude, am heutigen Tag zu Ihnen zu sprechen. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten sind Sie die ersten Soldaten der neuen deutschen Streitkräfte geworden.“

Adenauer steht am 20. Januar 1956 vor Lehrkompanien des Heeres in Andernach. „Einziges Ziel der Wiederbewaffnung“, sagt er, „ist es, zur Erhaltung des Friedens beizutragen.“ 1600 Freiwillige sind kurz zuvor in eine Armee eingetreten, für die es noch immer keinen offiziellen Namen gibt.

Begriffe wie „neue Wehrmacht“, „Verteidigungsmacht“ kursieren. Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) bevorzugt für das Militär der Bundesrepublik die Bezeichnung „Bundeswehr“, einen Vorschlag des liberalen Abgeordneten und Ex-Panzergenerals Hasso von Manteuffel. Das Bundespresseamt beauftragt das Allensbacher Institut deshalb mit einer Umfrage:

35 Prozent votieren für „Wehrmacht“, wie zu Zeiten Adolf Hitlers von 1935 bis zum Ende des Weltkriegs, nur ein Viertel der Bürger findet „Bundeswehr“ gut.

Doch das Neue setzt sich durch. Der Sicherheitsausschuss des Bundestags stimmt im Februar 1956 dem Namen „Bundeswehr“ zu – auf Antrag der CSU.

Die komplizierte Namensfindung ist indes nur eine Petitesse im Vergleich zu den „großen Schwierigkeiten“, die Adenauer zu diesem Zeitpunkt schon überwunden hat – den Widerständen im Volk, im Bundestag und bei den Besatzungsmächten.

Nach Hitlers Weltkrieg – allein die Deutschen zählten 1,7 Millionen zivile Opfer und 5,3 Millionen Gefallene – scheint die Remilitarisierung des frisch geteilten Landes fast undenkbar: „Nie wieder“ und „ohne mich“ lauten die Parolen ehemaliger Landsler. „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand

* Mitte: mit Schützenpanzermodell HS 30, 1958; rechts: mit „Starfighter“, 1960.



Kanzler Adenauer, Verteidigungsminister Blank bei der Bundeswehr

abfallen“, dröhnt aus Bayern der aufstrebende CSU-Politiker Franz Josef Strauß. „Der Antimilitarismus ist die eigentliche Weltanschauung der deutschen Jugend nach dem Krieg geworden“, sagt Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid (SPD).

Auch die Westalliierten wollen die Deutschen so schnell nicht wieder an die Waffen lassen. Vorstöße, die Adenauer während der Berlin-Blockade 1948 unternimmt, weisen sie regelmäßig zurück. „Verfrüht“, kontert US-Außenminister Dean Acheson noch am 21. Juni 1950.

Vier Tage später ist alles anders: Nach dem Überfall der Kommunisten auf Südkorea kann es den Westalliierten plötzlich gar nicht schnell genug gehen mit dem Wehrbeitrag gegen den befürchteten sowjetischen Expansionismus in Mitteleuropa. Vor allem die Amerikaner drängen.



HEINZ ENGELS (L.); DPA (R.)



INTERFOTO



Reformer Baudissin, Kanzler Adenauer (2. v. r.), Minister Strauß*: „Weiterentwickelte Artillerie“



ALFRED HENNING / PICTURE ALLIANCE / DPA

in Andernach (1956): „Zur Erhaltung des Friedens beitragen“

Nun kann der Kanzler sogar Forderungen stellen: „Wenn der deutsche Mensch Opfer jeder Art bringen soll, so muss ihm wie allen anderen westeuropäischen Völkern der Weg zur Freiheit offen sein.“ Als Gegenleistung für die Wiederbewaffnung verlangt Adenauer die Souveränität seiner besetzten Republik. Er bekommt sie 1955, allerdings nur mit Einschränkungen – bei der Rüstung etwa oder der Lufthoheit.

Schon im Oktober 1950 skizzieren ehemalige Spitzenoffiziere der Wehrmacht bei einer geheimen Klausur im Eifel-Kloster Himmerod die Grundsätze der neuen Truppe: eine Armee im Bündnis, ohne eigenen Generalstab, unfähig zur Kriegsführung in nationaler Regie. Von Deutschland soll nie wieder Krieg ausgehen.

Die Streitkräfte werden demokratisch verankert, mit zivilem Oberbefehl, parlamentarischer Aufsicht. Erdacht – und umgesetzt – von Offizieren wie Wolf Graf von Baudissin und Ulrich de Maizières, garantiert das revolutionäre Konzept der „Inneren Führung“ dem „Staatsbürger in Uniform“ demokratische Grundrechte. An die Stelle blinden Gehorsams tritt das Recht, Befehle zu verweigern, die Völkerrecht oder Menschenwürde missachten.

Bis zum Eintritt in das Nordatlantische Bündnis am 6. Mai 1955 – eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ scheitert an der französischen Nationalversammlung – kann der Gewerkschafter und CDU-Politiker Theodor Blank, Adenauers „Beauftragter für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“, die Armee freilich nur planen.

Das „Amt Blank“, Vorläufer des Verteidigungsressorts, darf weder Kasernen bauen noch Waffen kaufen. Der Kanzler will den Eindruck vermeiden, er könne den Aufbau der Streitmacht nicht abwarten. Dann aber soll alles ganz schnell gehen: Adenauer verspricht, innerhalb von drei Jahren 12 Heeresdivisionen, dazu 20 Luftwaffen-Geschwader und eine Marine aufzustellen – mit insgesamt 500 000 Mann.

Die Eile stürzt die Armee sogleich in eine Krise. Notwendige Gesetze sind noch nicht verabschiedet. Monatelang debattiert der Bundestag über die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Ohne Rekruten ist der Aufstellungsplan des Verteidigungsministers Blank für die Massenarmee Bundeswehr nicht zu bewältigen.

Es fehlen Waffen, Handtücher, Unterhosen – und vor allem Unterkünfte. Die Annahme von Freiwilligen wird unterbrochen. Blank muss gehen.

Der ehrgeizige Atom-Minister Franz Josef Strauß, der schon lange gegen Blank stänkert, rückt im Oktober 1956 nach. Und das, obwohl Adenauer dem Dränger noch kurz zuvor erklärt hatte: „Solange ich Kanzler bin, werden Sie nie Verteidigungsminister werden.“

Um das Chaos zu bändigen, bremst der bullige Bayer das Aufrüstungstempo. Tatsächlich kommt die Bundeswehr erst viele Jahre später – 1972 – in die Nähe der geplanten Zielgröße: Die Truppenstärke erreicht 485 400 Soldaten. Wesentlich mehr werden es im Kalten Krieg nie.

Ganz im Trend der Nato will Strauß den Mangel an Truppen durch Atomwaffen kompensieren, Angriffe aus dem Osten mit „massiver Vergeltung“ beantworten. 1955 schaffen die USA heimlich erste Atombomben nach Deutschland. Adenauer billigt die Ambitionen seines Ministers, verniedlicht Atomwaffen als „Weiterentwicklung der Artillerie“. 1958 erlaubt der Bundestag, die Bundeswehr mit „modernsten Waffen“ auszurüsten.

Die USA liefern zwar nuklearefähige Raketen, Kampffjets und Geschütze, die atomaren Sprengsätze bleiben aber unter amerikanischem Verschluss. So scheitert der Versuch von Strauß und Adenauer („Wat nützen mir die Trägerwaffen ohne die Köpfe?“), selbst den Finger an den nuklearen Abzug zu bekommen.

Kein Mitglied im Kabinett des Rheinländers Adenauer verstrickt sich in mehr Affären und Skandale als der machthungerrige Bayer: Mal besorgt FJS dem „Onkel Aloys“, einem eher mittellosen Bekannten der Familie, gutdotierte Beraterjobs. Mal wirbt er in Washington für die dubiose „Fibag“ bayerischer Spezies. Sie soll 5500 Wohnungen für die Besatzungsmacht bauen. Der Deal kommt nicht zustande. Ein Untersuchungsausschuss geht auch der Frage nach, ob Bakschisch für FJS im Spiel war, wird aber nicht fündig.

Anhand eines Holzmodells gibt die Adenauer-Regierung 10 860 Schützenpanzer „HS-30“ in Auftrag. Der „HS-30“ ist eine Fehlkonstruktion. Er bringt dem Heer keine Kampfkraft, nur Arbeit für Reparaturwerkstätten. Dennoch storniert Strauß das Geschäft nicht, sondern reduziert lediglich die Stückzahl auf 4400 Fahrzeuge, von denen schließlich 2200 an die Bundeswehr ausgeliefert werden.

Unter merkwürdigen Umständen besucht FJS den US-Rüstungskonzern Lockheed. Er bestellt 1958 – gegen den Rat führender Luftwaffenoffiziere – den „Starfighter“, beschert mit einem Lizenzbau des Kampffjets der aufkeimenden deutschen Luftfahrtindustrie den Aufschwung.

Den Höhepunkt erreicht die Skandalseerie im Herbst 1962: Der SPIEGEL berichtet über das Nato-Manöver „Fallex“ und den Zustand der Bundeswehr. Strauß schäumt, Adenauer beurteilt die Titelgeschichte („Bedingt abwehrbereit“) als „Abgrund von Landesverrat“: Herausgeber Rudolf Augstein, Autor Conrad Ahlers und andere Mitarbeiter werden verhaftet. Strauß belügt das Parlament, er habe mit der Verhaftung von Ahlers während dessen Urlaub in Spanien nichts zu tun. Die FDP zieht ihre fünf Minister zurück, zwingt so den Kanzler, Strauß zu entlassen.

Eine Strauß-Erblast macht dem Nachfolger Kai-Uwe von Hassel (CDU), der von Januar 1963 bis zum Beginn der Großen Koalition im Dezember 1969 amtiert, besonders zu schaffen: Reihenweise stürzen die „Starfighter“ F-104G ab. 26 Totalverluste allein im Jahr 1965, im Schnitt alle zwei Wochen ein Unfall.

Strauß hatte den Schönwetter-Abfangjäger zum Atombomber ummodellieren lassen: Im Tiefstflug sollen die Piloten den Einsitzer nach Osten steuern – Rückkehr ungewiss. Technische Mängel und Überforderung der überwiegend jungen Flieger sind die Hauptursachen der Crash-Serie.

Von den 916 „Starfightern“, die für die Bundeswehr beschafft wurden, gehen bis zur Ausmusterung Ende der achtziger Jahre 292 Exemplare bei Abstürzen und Unfällen zu Bruch. Insgesamt 108 Bundeswehrpiloten verlieren in der „Witwenmacher“-Tragödie das Leben. Darunter ist auch der Oberleutnant Joachim von Hassel, Sohn des späteren Bundestagspräsidenten.

ALEXANDER SZANDAR